

• Konferenz Bericht

sef:

Dresdner Forum für Internationale Politik 2023

Ist die Weltwirtschaft geliefert? Globale Lieferketten und multiple Krisen

Ingo Nordmann

Was haben die Blockade des Suez-Kanals durch die „Ever Given“, die Coronapandemie und der Überfall Russlands auf die Ukraine gemeinsam? Obwohl es sich um sehr unterschiedliche Ereignisse handelt, haben sie es alle geschafft, die Anfälligkeit der globalen Lieferketten aufzuzeigen. Beim Dresdner Forum für Internationale Politik 2023 diskutierten Expertinnen und Experten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, was dies für Sachsen, Deutschland und andere Weltregionen bedeutet. Dabei wurde besonders betrachtet, welche Möglichkeiten Regierungen und Unternehmen als zentrale Akteure haben, um sowohl Nachhaltigkeit als auch Widerstandsfähigkeit in den globalen Lieferketten zu fördern.

Zu Beginn der Konferenz hieß Sebastian Gemkow MdL, Wissenschaftsminister des Freistaates Sachsen, die Teilnehmenden in Dresden willkommen und betonte die Bedeutung von internationaler wirtschaftlicher sowie entwicklungspolitischer Zusammenarbeit für den Freistaat. Viola Klein, stellvertretende Vorsitzende der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), ergänzte in ihrer Begrüßung, dass die Auswirkungen der derzeitigen Krisen in den Lieferketten sowohl vor Ort in Sachsen, als auch in verschiedenen Regionen weltweit zu spüren seien, und begrüßte daher das Engagement aller Konferenzteilnehmenden, sich diesen Fragestellungen anzunehmen.

Krieg, Covid, Klima und geopolitische Spannungen - Herausforderungen in den globalen Lieferketten

In seinem Einführungsvortrag erklärte Dr. Tilman Altenburg, Leiter des Forschungsprogramms „Transformation der Wirtschafts- und Sozialsysteme“ am German Institute of Development and Sustainability (IDOS), dass mittlerweile 70% des Welthandels in globalen Lieferketten organisiert seien. In der letzten Dekade hätten sich diese mehr und mehr nach Osten verlagert: Betrachte man etwa die 2.000 größten Industriefirmen der Welt, so kamen noch 2013 79% der Vorprodukte aus Industrieländern. 2020 betrug dieser Anteil nur noch 59%, während 40% der Vorprodukte in Asien hergestellt werden.



sef: Geschäftsführer Dr. Marcus Kaplan eröffnet das Dresdner Forum 2023

Als eine zentrale Herausforderung in den internationalen Lieferketten nannte Altenburg die zunehmenden Spannungen zwischen den USA und China. Dieser geopolitische Konflikt führe zu immer mehr Nationalismus und Protektionismus, da Nationen mit harten Bandagen versuchten, den Zugang zu Ressourcen (z.B. zu Mineralien) zu sichern und die Kontrolle über wichtige Infrastrukturen zu erlangen. Beispiele dafür seien etwa die chinesische *Belt&Road*-Initiative („Neue Seidenstraße“) sowie das *friendshoring* westlicher Staaten, die in vielen Fällen die Produktion in politisch freundlich gesinnte Länder verlagern.

Eine weitere Herausforderung sei natürlich die Covid 19-Pandemie, die zeitlich begrenzte Störungen der Lieferketten verursacht habe, vor allem wegen strenger Lockdowns in China. Dazu komme nun der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der Lieferketten zerstöre und Preise explodieren lasse. Der Krieg führe vor allem zu einer Verknappung von Gütern wie Gas, Öl und Aluminium (hauptsächlich in Russland produziert) sowie von Getreide, Sonnenblumenöl und Erz (hauptsächlich in der Ukraine produziert), was massiv zur weltweiten Inflation beitrage. Zudem nannte Altenburg die unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Staaten beim Klimaschutz und bei Dekarbonisierungsmaßnahmen als herausfordernd. Hohe Klima- und Umweltstandards könnten von Unternehmen als Anreiz gesehen werden, die Produktion in andere Länder zu verlegen.

Abschließend erläuterte Altenburg, dass die meisten Produkte im Herstellungsprozess mehrfach Ländergrenzen überquerten, aber nur ein sehr geringer Anteil des Gewinns bei den Produzenten bliebe. Die Wertschöpfung finde hauptsächlich in Forschung und Entwicklung, im Design, in der Logistik und im Marketing statt, nicht aber in der Produktion. Zudem könnten einkaufende Unternehmen meist zwischen mehreren Zulieferern wählen, während Produzenten nicht so einfach andere Abnehmer fänden. So könnten reiche Länder und mächtige Konzerne, meist aus dem Globalen Norden, Standards setzen, an die sich arme Länder und kleinere Firmen halten müssten.

Zwischen Verantwortung und Wirtschaftlichkeit – Das Lieferkettengesetz und seine Folgen

Torsten Safarik, Präsident des Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, betonte zunächst die Vorteile der Globalisierung, die Wohlstand nicht nur für den Globalen Norden, sondern weltweit bringe. Laut einer Studie der Weltbank habe sich der Anteil der weltweit in Armut lebenden Menschen von 44% im Jahr 1980 auf 8,5% im Jahr 2020 verringert. Allerdings träten die Schattenseite der Globalisierung in Form von Menschenrechtsverletzungen, Klimawandelfolgen und Umweltschäden vor allem im Globalen Süden zutage. Dieses Ungleichgewicht

führe zu einer besonderen Verantwortung des Globalen Nordens, der von den aktuellen Bedingungen des Welthandels am meisten profitiere.

Aus diesem Grund sei das deutsche Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz, das am 1. Januar 2023 in Kraft trat, so wichtig. Es böte erstmals eine gesetzliche Grundlage für Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit in den Lieferketten. Das Gesetz müsse nun auf



Einführungsvortrag von Dr. Tilman Altenburg

europäischer Ebene komplementiert werden, um international für vergleichbare Bedingungen (*level playing field*) zu sorgen. Guus Houttuin, Leiter des OECD-Steuerkreises zu „Verantwortungsvollen Mineralien“, verwies darauf, dass der Entwurf für ein europäisches Lieferkettengesetz (*Corporate Sustainability Due Diligence Directive, CSDDD*) bereits vorliege. Er betonte weiter die Notwendigkeit der sogenannten „begleitenden Maßnahmen“, wie z.B. die Europäische Partnerschaft für Verantwortliche Mineralien (*EPRM*). An solchen *public-private partnerships* könne sich auch die Bundesrepublik noch intensiver beteiligen.

Mit Blick auf die aktuellen Krisen hätten viele Unternehmen nicht weitsichtig genug gehandelt, so Safarik weiter. So hätten sie etwa zu wenig auf die Differenzierung ihrer Zulieferer geachtet, was nun ein großer Nachteil sei, da viele Zulieferer aus Russland aufgrund der Wirtschaftssanktionen wegfallen. Tobias Runte von der Industrie- und Handelskammer (IHK) Dresden ergänzte, dass progressive Unternehmen, die sich früh um Nachhaltigkeitsthemen gekümmert hätten, nun einen Zeit- und Wettbewerbsvorteil besäßen.

Grundsätzlich sei es für große Konzerne oft einfacher, so Runte weiter, die neuen Anforderungen des Lieferkettengesetzes umzusetzen. Sie hätten oft eige-

ne Abteilungen für juristische Fragen oder auch für Corporate Social Responsibility (CSR), die sich schon vor Verabschiedung des Gesetzes mit dem Aufbau von Nachhaltigkeit in den Lieferketten beschäftigt hätten. Auch die Vorteile vieler Freihandelsabkommen könnten Konzerne daher besser für sich nutzen als kleinere und mittlere Unternehmen (KMUs). Letztere unterstütze die IHK mit ihren regionalen Netzwerken deshalb besonders bei den kommenden Umstellungsprozessen.

Maren Leifker, Referentin bei Brot für die Welt und Mitglied im Steuerungskreis der Initiative Lieferkettengesetz, betonte, dass das globale Handelssystem



Panel 1: Torsten Safarik, Tobias Runte, Guus Houttuin, Maren Leifker und Dr. Marcus Kaplan (v.l.n.r.)

auch vor Pandemie und Ukraine-Krieg schon mit vielfältigen Problemen behaftet gewesen sei. Diese Krisen hätten bestehende Ungerechtigkeiten deutlicher sichtbar gemacht. Aus diesem Grund sei das Lieferkettengesetz so dringend notwendig. Es verpflichte Unternehmen nun endlich, angemessene Einkaufs- und Beschaffungsstrategien zu implementieren, die die Interessen in produzierenden Ländern stärker berücksichtigen. Die Möglichkeiten für Dumpingpreise, zu kurze Lieferfristen sowie kurzfristige Stornierungen, die Produzenten großen Schaden zufügten, seien endlich eingeschränkt worden.

Gleichzeitig kritisierte Leifker den Ansatz der „abgestuften Sorgfalt“ des Lieferkettengesetzes. Dieser besagt, dass Unternehmen für Arbeitsbedingungen in den tieferen Lieferketten, jenseits der direkten Zulieferer, kaum zur Verantwortung gezogen werden können. Dort geschähen aber der Großteil der Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen, z.B. in Materialherstellung, Rohstoffaufbereitung und Landwirtschaft. Somit würden viele benachteiligte Gruppen durch das Gesetz noch nicht erreicht. Zudem sei die zivilrechtliche Haftung im Lieferkettengesetz nicht angemessen geregelt, so dass es für Betroffene schwierig bis unmöglich sei, Schadens-

ersatz einzuklagen. In beiden Punkten erhoffe sich Leifker Nachbesserungen auf europäischer Ebene.

Das Verhältnis zwischen Käufern und Produzenten – Eine Sicht aus Bangladesch

Als Vorsitzende der Mohammadi Group und ehemalige Präsidentin des Verbands der bangladeschischen Bekleidungsproduzenten und -exporteure (BGMEA) ist Dr. Rubana Huq eine der einflussreichsten Personen in der bangladeschischen Textilindustrie. Sie bezeichnet das deutsche Lieferkettengesetz als wichtigen Schritt, betont aber die Bedeutung der praktischen Umsetzung gegenüber der Gesetzgebung. Eine allgemeine und inklusive, weltweite Diskussion über die Umsetzung des Gesetzes sei dringend notwendig. Die Akteure in produzierenden Ländern müssten bei jedem Schritt der Implementierung eingebunden und der gesamte Prozess transparent gemacht werden. Sonst, so Huq, würden Unternehmen mit Sicherheit Schlupflöcher finden, um die Regeln zu umgehen.

Als großes Problem der bangladeschischen Industrie benannte Huq ihre Überkapazität. Bei schrumpfenden Bestellungen seien Zulieferer einem „Preiswettbewerb nach unten“ ausgesetzt, was dramatische Folgen habe. Als Beispiel schilderte sie, wie Unternehmen aus dem Globalen Norden während der Pandemie ihre Macht eingesetzt hätten, um die für sie besten Konditionen auf dem Markt zu erreichen. Viele Bestellungen seien zunächst kurzfristig storniert worden. Nach der ersten Hochphase der Pandemie wurden von Käufern dann oft nur Dumpingpreise geboten, die die Produzenten in der schwierigen wirtschaftlichen Situation nicht hätten zurückweisen können.

Dies habe viel Vertrauen zwischen westlichen Marken und Produzenten in Bangladesch zerstört. Gesetze im Globalen Norden sollten daher nicht zuallererst die Arbeitsbedingungen auf Seiten der Produzenten kontrollieren, sondern dafür sorgen, dass westliche Einkäufer faire Preise zahlen, die den Produzenten ein Auskommen ermöglichen. Ein möglicher Ansatz dafür könne auch eine Standardisierung der Preise über einem bestimmten Mindestniveau sein, auch wenn dies derzeit den Regeln der Welthandelsorganisation widerspreche.

Auf diese Weise könnte der Globale Norden einen größeren Beitrag für ein menschenwürdiges Leben im Globalen Süden leisten als durch eine ambitionierte Gesetzgebung im Westen, die ohnehin aus der Ferne nicht ausreichend kontrolliert werden könne. Gleichzeitig seien wichtige Schritte auf dem Weg zu einer umwelt- und arbeitnehmerfreundlichen Produktionsweise in Bangladesch schon gegangen, z.B. bei Kündigungsschutz und Arbeitnehmerrechten. Diese müssten allerdings im Tempo und zu den Bedingungen der produzierenden Länder erfolgen, so Huq.

Nachhaltigkeit als Wettbewerbsvorteil: Ein *level playing field* für Unternehmen

Anke Oppermann, Leitern der Unterabteilung „Gute Arbeit weltweit; Ernährungssicherung“ im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) bestätigte, dass der Vertrauensaufbau zwischen Käufern und Produzenten gestärkt werden müsse. Nur so könnten Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit in den Lieferketten mit globaler Gerechtigkeit zusammengebracht werden. Dazu empfahl Oppermann einen *smart mix*, also eine Mischung aus verbindlichen Verpflichtungen wie dem Lieferkettengesetz und freiwilligen Initiativen der Unternehmen, die durch entwicklungspolitische Maßnahmen begleitet werden.

Nachhaltig aufgestellte Unternehmen hätten bereits heute Wettbewerbsvorteile und wären langfristig

erfolgreich, so Oppermann weiter. Nachhaltigkeit sei somit eine große unternehmerische Chance, und man müsse daran arbeiten, dass dies auch überall ankomme. Dazu müsse ein *level playing field*, also faire Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden, damit die Unternehmen, die bereits engagiert sind (was laut BMZ die Mehrheit sei) keine Nachteile erleiden, und alle anderen Anreize haben, sich ebenfalls entschlossen für eine nachhaltige Umstellung der Produktions- und Arbeitsweise einzusetzen.

Ein Unternehmen, das bereits seit Jahren eine nachhaltige Wirtschaftsweise praktiziert, ist die Café Chavalo eG, ein genossenschaftlicher Kaffeeimporteur in Leipzig. Gründer Jens Klein erklärte, dass einige der Kaffeeproduzenten aus Nicaragua direkt an seinem Unternehmen beteiligt seien, was zu großer Transparenz und einer wirklichen Kommunikation auf Augenhöhe führe. Nachhaltigkeit sei in der DNA der Firma angelegt, was aber auf einem Markt ohne *level playing field* ein Nachteil sei.

Abendempfang mit Ministerpräsident Michael Kretschmer

Nach der Fachkonferenz lud die Sächsische Staatskanzlei zum feierlichen Abendempfang ins Foyer des Stadtmuseums Dresden ein. In seiner Ansprache betonte Ministerpräsident Michael Kretschmer die große Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit für den Freistaat Sachsen und stellte besonders das vielfältige zivilgesellschaftliche Engagement im Freistaat heraus. Als zweite Rednerin schilderte die stellvertretende Bürgermeisterin von Kampala, der Hauptstadt von Uganda, Doreen Nyanjura, die großen Herausforderungen, vor denen Uganda gegenwärtig stehe. Neben Nahrungsmittelengpässen und steigenden Preisen nannte sie hier auch regelmäßige Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land. Sie betonte die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit für die Überwindung dieser Probleme. Als dritter Redner hob Oliver Krauß MdL, Vorstandsvorsitzender der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) und Landtagsabgeordneter in Nordrhein-Westfalen, hervor, dass die Konferenz angesichts der aktuellen, multiplen Krisen zu einem äußerst passenden Zeitpunkt stattgefunden habe. Nachhaltigkeit und Widerstandsfähigkeit in den globalen Lieferketten müssten zusammengebracht werden, damit sie langfristig funktionieren könnten.



Momentan seien sie auf dem Kaffeemarkt noch die Exoten, die einen höheren Preis als Konkurrenten verlangen müssten. Das Ziel müsse allerdings sein, diese Produktionsweise zur Norm zu machen. Dafür sei stärkere politische Steuerung nötig, die über das neue Lieferkettengesetz hinaus gehen müsse. Konkret forderte Klein z.B. die Einführung eines Siegels für faire Arbeitsbedingungen, parallel zum Bio-Siegel. Das Siegel dürfe allerdings nicht nur auf privaten Initiativen beruhen, sondern müsse von neutraler Stelle verliehen werden, um Vergleichbarkeit und Verlässlichkeit sicherzustellen.

Ein gemeinsamer Markt für den Kontinent - Die Chancen der Afrikanischen Freihandelszone

Stephen Karingi, Direktor der Abteilung „Regionale Integration und Handel“ bei der Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen (UNECA),



Referierende und Organisationsteam: Maren Leifker, Dr. Christian Scheper, Artemisa Ljarja, Doreen Nyanjura, Dr. Marcus Kaplan, Samuel Makokha, Jens Klein, Ingo Nordmann und Guus Houttuin (v.l.n.r.)

erläuterte zu Beginn der letzten Session, dass Afrika durch die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine gleich mehrfach betroffen sei. Afrikanische Staaten importierten sowohl viel Energie als auch viele Lebensmittel, z.B. Weizen nach Nordafrika. Manche Länder seien zudem stark von Düngemitteln abhängig, die vornehmlich in Russland produziert werden. In den aktuellen Preissteigerungen liege auch das Potenzial für politische Unruhen, da die Lebensgrundlagen vieler Menschen massiv bedroht seien.

Als mögliche Gegenmaßnahmen nannte Karingi die Förderung des innerafrikanischen Handels sowie den Aufbau regionaler Lieferketten, besonders bei der Lebensmittelproduktion. Ein großer Schritt auf dem Weg dorthin sei die 2019 beschlossene *African Continental Free Trade Area* (AfCFTA), eine Freihandelszone zwischen 54 Mitgliedsstaaten der Afrikanischen Union. Sie schaffe durch die Harmonisierung von Handelsregeln und Standards einen gemeinsamen Markt für den gesamten Kontinent.

Dies biete viele Chancen für regionale Wertschöpfungsketten, z.B. bei der Batterieproduktion für Elektroautos. Dafür seien große Mengen an Rohstoffen nötig, die vor allem in Zentralafrika vorkommen. Wenn diese Rohstoffe nicht bloß exportiert, sondern innerhalb des AfCFTA weiterverarbeitet würden, könnte endlich ein Großteil der Wertschöpfung den Ursprungsländern zugutekommen.

Insbesondere die Nachbarkontinente Afrika und Europa sollten auf dieser Grundlage langfristige Partnerschaften aufbauen: Afrika könne weiterhin Rohstoffe oder Zwischenprodukte nach Europa liefern, während Afrika europäische Investitionen benötige, um Technologie und Wirtschaft weiterzuentwickeln. Dies biete laut Karingi die Chancen einer Win-Win-Situation für den Aufbau nachhaltiger und gerechter Lieferketten.

„Bezahlt eure Arbeiter!“ – Arbeitnehmerrechte in Krisenzeiten

Samuel Makokha, Vorstandsmitglied der Gewerkschaftsorganisation Voices for Labour in Uganda, begrüßte die Chancen, die das AfCFTA biete, betonte aber die Bedeutung der Arbeitnehmerrechte für den Erfolg des Projekts. Diese Rechte seien dabei nicht nur aus ethischen Gründen zu schützen, oder um den Arbeitnehmern einen Gefallen zu tun, sondern lägen im eigenen Geschäftsinteresse der Firmen. So seien Unternehmen, die ihre Mitarbeitenden fair behandeln, nachweislich langfristig erfolgreicher und auch besser durch die Coronakrise gekommen.

Im Zusammenhang mit der Pandemie berichtete Artemisa Ljarja, Koordinatorin für Eilaktionen der Kampagne für Saubere Kleidung, allerdings auch von massiven Arbeitnehmerrechtsverletzungen in der Textilindustrie. In vielen Ländern kam es zu Massenentlassungen, Lohndiebstahl und zur unrechtmäßigen Zerschlagung von Gewerkschaften. Frauen und insbesondere Mütter von kleinen Kindern seien dabei besonders häufig betroffen gewesen. So wälze die Textilbranche die Hauptlast der Krise auf ihre Mitarbeitenden ab. Um dem entgegenzuwirken, habe die Kampagne Saubere Kleidung unter anderem die Aktion „Bezahlt eure Arbeiter“ (*#payyourworkers*) gestartet, die gerade in Krisenzeiten faire Löhne und Sozialschutzsysteme fordere.

Dr. Christian Scheper, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen, bestätigte die besonders gefährdete Situation von Arbeitnehmern in den aktuellen globalen Krisen. Lieferketten seien „Konfliktzonen“ zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern, zwischen denen es in vielen Ländern keine funktionierenden Beziehungen gebe. Oft sei die Gründung von Gewerkschaften verboten und der Arbeitsmarkt zu großen Teilen informell organisiert. Dies hindere Arbeitnehmer daran, ihre Stimme hörbar zu machen.

Wirtschaftliche Strukturen zum Vorteil des Globalen Nordens - Ein Erbe der Geschichte

Viele wirtschaftliche Strukturen in Afrika hätten ihre Wurzeln in der Geschichte, erläuterte Samuel Makokha zum Ende der Session. So wurde in den 1990er Jahren vielen afrikanischen Regierungen von der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds geraten, ihre Länder schnell für die Marktwirtschaft zu öffnen. Privates Kapital floss ungehindert in diese Märkte, worauf die Gesellschaften häufig nicht vorbereitet waren. Dies habe zu Strukturen geführt, in denen sowohl physische Rohstoffe als auch menschliche Arbeitskraft zum Vorteil der Unternehmen, häufig aus dem Globalen Norden, ausgebeutet worden seien. Diese ungleichen Machtverhältnisse wirkten in vielen Ländern bis heute fort.

Diese Einschätzung teilte Doreen Nyanjura, die stellvertretende Bürgermeisterin von Kampala, Uganda, im politischen Ausblick. So würden Nahrungsmittelpengpässe und Hungersnöte, wie derzeit in Ostafrika, nicht nur durch Störungen in den Lieferketten verursacht, sondern auch durch die Art und Weise, wie das globale Handelssystem schon vor den aktuellen Krisen organisiert war. Große Konzerne und reiche Länder hätten – wie auch Dr. Altenburg in seiner Einführung erläutert hatte – unverhältnismäßig

großen Einfluss, während produzierende Länder sich oft ihren Bedingungen beugen müssten.

Ein großes Problem sei laut Nyanjura die große Abhängigkeit Afrikas von Nahrungsmittelimporten. Statt Lebensmitteln würden in Afrika viele Güter



Doreen Nyanjura überreicht Gastgeschenke an den Ministerpräsidenten Michael Kretschmer

produziert, die im Globalen Norden gewinnbringend verkauft werden, wie etwa Kaffee, Baumwolle, Tee, und Tabak (auf Englisch zusammengefasst als *2C2T - coffee, cotton, tea, tobacco*). „Wir produzieren, was wir nicht verbrauchen, und verbrauchen, was wir nicht produzieren“, so Nyanjura. Die Nachteile dieser Wirtschaftsweise seien durch Coronakrise und Ukraine-Krieg überdeutlich geworden. Um sie zu überwinden, werden langfristige Veränderungen im globalen Wirtschaftssystem nötig sein. Nachhaltige und widerstandsfähige Lieferketten sind dabei ein zentrales Element, wie das Dresdner Forum 2023 zeigte.



Mit Mitteln des



Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtages beschlossenen Haushaltes.

Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef) wurde 1986 auf Initiative von Willy Brandt gegründet. Als überparteiliche und gemeinnützige Stiftung bietet sie ein hochrangiges internationales Forum für das gemeinsame Nachdenken über drängende Fragen von Frieden und Entwicklung.

Die Berichte zu den Konferenzen und Veranstaltungen der sef: informieren in kompakter Form über die Diskussionen und Ergebnisse.

Herausgeberin
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef):
Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn
Tel. 0228 959 25-0 : Fax 0228 959 25-99
sef@sef-bonn.org : @sefbonn
www.sef-bonn.org

Redaktion
Dr. Marcus Kaplan

Design Basiskonzept
Pitch Black Graphic Design
Berlin/Rotterdam

Gestaltung
Gerhard Süß-Jung

Die Inhalte geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin wieder.

© sef: 2023